DIE COVID-PANDEMIE VERSCHÄRFT DEN HUNGER WELTWEIT

Lehren aus der Krise ziehen – Veränderungen einleiten

Ein Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie haben sich viele Befürchtungen in Bezug auf die Zunahme von Hunger und Armut bestätigt. Analysen von internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen und der Weltbank zeigen drastische negative Auswirkungen auf die globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030, insbesondere das Ende von Hunger und Armut. Sie wirft die Entwicklung um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurück.

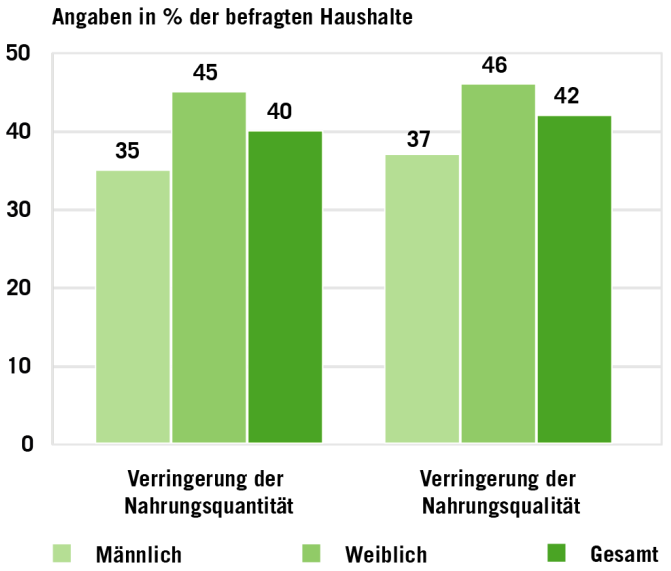
Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) gibt aktuell die Zahl der Menschen, die zu verhungern drohen, mit mehr als 270 Millionen Menschen an. Das ist eine Verdopplung im Vergleich zu der Zahl vor der Pandemie; die Covid-Pandemie hat die Lage der Menschen, die ohnehin unter Armut, bewaffneten Konflikten und der Klimakrise leiden, massiv verschärft.[1] Die Weltbank prognostiziert, dass bis Ende dieses Jahres aufgrund der Pandemie weltweit 111 bis 149 Millionen Menschen in extreme Armut abstürzen.[2] Schon vor der Pandemie stieg die Zahl der Menschen wieder, die an chronischem Hunger leiden; anstatt „Null Hunger“ wird sich die Zahl der Milliardengrenze nähern. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat ihre Schätzungen aufgrund der Pandemie angepasst und rechnet mit 860 bis 909 Millionen Hungernden bis zum Jahr 2030.[3]

Erhebung in 25 Partnerländern bestätigt die globalen Zahlen

Eine Erhebung der Welthungerhilfe gemeinsam mit sieben weiteren europäischen Entwicklungs- und Nothilfeorganisationen im Rahmen des Netzwerks „Alliance 2015“ bestätigt diese globalen Entwicklungen und beleuchtet die Zusammenhänge zwischen der Corona-Pandemie, Armut und Hunger. Befragungen von knapp 16.200 Haushalten in 25 Ländern im Zeitraum Oktober bis November 2020 haben gezeigt, dass 42 Prozent der befragten Haushalte weniger zu essen haben; 44 Prozent berichten von einer Verschlechterung der Qualität und der Vielfalt ihrer Ernährung.

[1] World Food Programm: “Global Update on COVID-19: November 2020”
[2] World Bank: “2020 Year in Review: The impact of COVID-19 in 12 charts”
[3] Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): “The State of Food Security and Nutrition in the World”, 2020

Abnahme der Quantität und Qualität der konsumierten Lebensmittel in den befragten Haushalten



Neun Länder sind ganz besonders betroffen, davon sechs in Subsahara-Afrika: Die Demokratische Republik Kongo, Malawi, Kenia, Burundi, Liberia und Madagaskar. In Kongo und in Malawi haben sogar mehr als 80 Prozent der befragten Haushalte weniger zu Essen als vor der Pandemie. Aber auch in Ecuador, Afghanistan und Haiti ist der Hunger stark gestiegen. Diese Zahlen zeigen, dass Covid-19 bestehenden Hunger verschärft und die ohnehin ärmsten Regionen der Welt am härtesten trifft.

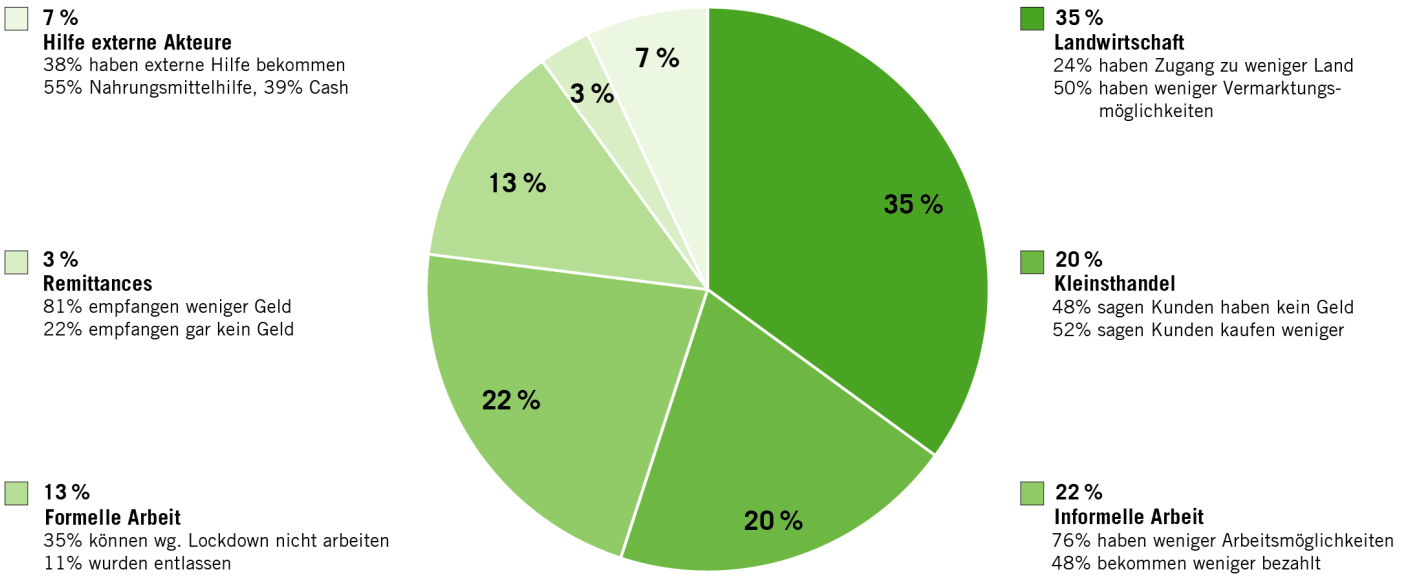
Dies ist vor allem eine Folge davon, dass die Einkommen drastisch zurückgegangen sind. Neunzig Prozent der befragten Haushalte berichten von reduziertem Einkommen, mehr als 75 Prozent fürchten, dass ihre Einkünfte auch in Zukunft negativ beeinflusst werden. Am stärksten wirkt sich dies bei Menschen im informellen Sektor in Stadtrandgebieten aus.

Aber auch Bauernfamilien sind stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen; 72 Prozent erlitten Umsatzeinbußen. Knapp die Hälfte berichtet, dass sie ihre Produkte aufgrund des Lockdowns nicht verkaufen konnten. Weitere Gründe sind mit rund fünfzig Prozent eine verspätete Aussaat und Ernte, rund ein Viertel verringerte Anbauflächen und weniger Saatgut und Dünger. Insgesamt berichten 75 Prozent aller Befragten, dass Überweisungen durch Verwandte im Ausland zurückgegangen oder komplett weggefallen sind. Zwei Drittel der Befragten in allen Sektoren mussten sich verschulden, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern.

Eine Studie des International Food Policy Research Instituts (IFPRI) vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, dass es global gesehen keinen Mangel an Nahrungsmitteln gab, und dass das globale Ernährungssystem den Pandemie-Schock abfedern konnte, also „resilient“ war, auch aufgrund der globalen Handelsströme. Dennoch steigt der Hunger. Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu erklären?

Die FAO unterscheidet in ihrer Definition für nachhaltige Ernährungssicherung zwischen „Verfügbarkeit“ und

Auswirkungen auf das Einkommen



Quelle: Alliance2015: “COVID-19 Community Resilience – A Multi-Country Study”

„Zugang“. Es waren also auch in der Pandemie ausreichend Nahrungsmittel verfügbar, jedoch war der Zugang insbesondere für die ärmere städtische Bevölkerung und Menschen in ländlichen Gebieten eingeschränkt.

Dies liegt an den Folgen der Pandemie, den Bewegungseinschränkungen („Lockdown“), am Verlust von Arbeit im informellen und formellen Sektor, womit Einkommen wegfielen, sowie am allgemeinen Wirtschaftsabschwung. So konnten etwa Straßenhändler*innen nicht mehr ihre Waren verkaufen, Migrant*innen, die zum Beispiel als Reinigungskräfte tätig waren, wurden nach Hause geschickt, Menschen in der Textilindustrie entlassen.

Hingegen konnten andere Akteure erheblich profitieren: Lebensmittelgeschäfte und Supermärkte, die ihr Geschäft fortführen oder sogar online ausweiten konnten, machten Milliarden an zusätzlichen Gewinnen. IFPRI sieht hier einen möglichen Ansatz für die Bewältigung der sozialen Folgen der Pandemie, nämlich diese Gewinne umzuverteilen oder für die Deckung der Kosten zu nutzen, die durch die Pandemie entstanden sind. [4]

Die negativen Auswirkungen auf Hunger und Armut waren vorherzusehen

Bereits im April 2020, während in den reichen Ländern die ersten „Rettungsschirme“ gespannt wurden, warnte die Welthungerhilfe vor den katastrophalen Folgen der Pandemie auf die Armen und Hungernden.[5] Mit einem Corona-Nothilfefonds ermöglichte die Organisation ihren Länderbüros und Partnerorganisationen in den Programmländern, schnell Aufklärungskampagnen über das Virus und Hygienemaßnahmen zu starten. Darüber hinaus entwickelte sie als Ergebnis ihres globalen COVID-19 -Appells[6] ein Programm, das in den kommenden zwei Jahren fünf Millionen Menschen in 36 Ländern mit lebensrettender Soforthilfe, Aufklärung, Wasser- und Hygienemaßnahmen sowie Lebensmittelversorgung und direkte Geldzahlungen unterstützen soll. Dabei stehen stets der

Dürre, Überflutungen und Corona-Mutante aus Südafrika – Mehrere Krisen gleichzeitig lassen die Menschen in Simbabwe nicht zur Ruhe kommen

Vor zwei Jahren wurde Zimbabwe von Hurrikan Idai schwer getroffen, nach einer langen Dürreperiode kämpft das Land mit starken Regenfällen und überfluteten Feldern, und nun breitet sich die sehr ansteckende südafrikanische Corona-Mutante aus. Das Landesbüro der Welthungerhilfe schätzt aufgrund von Beobachtungen und Angaben lokaler Gesundheitsexpert*innen, dass die tatsächlichen Ansteckungszahlen um das zehn- bis zwanzigfache höher liegen als offiziell gemeldet. Getestet werden nach Auskunft von internationalen Gesundheitsexperten vor Ort ohnehin nur Fälle mit Symptomen, eine Kontaktnachverfolgung gibt es nicht. Durch den Starkregen werden nicht nur Felder und damit bevorstehende Ernten zerstört, die Latrinen fließen über und Krankheiten wie Cholera und Typhus sind zu erwarten. Lockdown und Schulschließungen haben auch verheerende Auswirkungen auf die Mädchen und jungen Frauen im Land. Die Zahl der Teenage-Schwangerschaften ist enorm gestiegen; häusliche Gewalt, Missbrauch, Prostitution (Sex gegen Nahrung) und Hochzeiten von Minderjährigen nehmen zu.

Planung der Instandsetzung eines defekten Brunnens, Simbabwe

Die Welthungerhilfe setzt in Simbabwe auf Prävention und Stärkung der Widerstandsfähigkeit (Resilienz). Dies erfordert ein langfristiges konzeptionelles Zusammenwirken von Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit in verschiedenen Sektoren. Neben Projekten zur Covid-19-Aufklärung, Verbesserung von Wasserversorgung und Hygiene und der Verteilung von Nahrungsmittelgutscheinen für Hungernde führt die Welthungerhilfe langfristig angelegte Vorsorgeprojekte durch. In landwirtschaftlichen Schulungszentren lernen die Auszubildenden neue Anbaumethoden, innovative Techniken, betriebswirtschaftliche Grundlagen und Vermarktung. Ein weiteres Projekt betrifft die Entwicklung eines Frühwarnsystems, um Dürren vorherzusagen und proaktiv handeln zu können.

[4] IFPRI: “Impacts of COVID-19 on people’s food security: Foundations for a more resilient food system”, 2021

[5] Welthungerhilfe: COVID-19: Durch die Gesundheitskrise droht eine Ernährungskrise“, 2020

Wiederaufbau und die Resilienzstärkung im Vordergrund, damit die Menschen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung künftig besser gegen Krisen abgesichert sind. Das Programm wird mit privaten Spenden und öffentlichen Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie des Auswärtigen Amts finanziert.

Covid-Krise schärft den Blick für globale Zusammenhänge

Die Covid-Pandemie hat allein durch ihre direkten gesundheitlichen Auswirkungen mittlerweile mehr als zweieinhalb Millionen Menschenleben gefordert.[7] Angesichts der internationalen Verflechtungen kann der Kampf gegen das Virus nur weltweit gewonnen werden oder gar nicht. Die Krise hat gezeigt, wie anfällig die Lebenssituation vieler Menschen ist und wie wenig sie daher in der Lage sind, solchen Krisen zu entgegnen und sich rasch wieder zu erholen. Daraus wird klar: Ein „weiter wie bisher" ist keine Option.

Was jetzt geschehen muss:

Maßnahmen zur Ernährungssicherung verstärken:

- Sicherstellen, dass Menschen in akuten Notlagen finanzielle Unterstützung und Nothilfe zur Verfügung haben. Zugang zu Notleidenden auch in Konfliktsituationen gewährleisten. Diejenigen in den Mittelpunkt stellen die am meisten gefährdet sind und niemanden zurücklassen.
- Die Bereitstellung humanitärer Mittel dem gestiegenen globalen Bedarf anpassen, bzw. Finanzierungslücken in internationalen humanitären Aufrufen schließen.
- Programme zur Ernährungssicherheit, wie z.B. Schulspeisungen, aufrechterhalten und weiter ausbauen.
- Kleinbäuer*innen sowie kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe fördern und bei der Verringerung von Pandemie-bedingten Einbußen und Verlusten unterstützen.
- Programme zur sozialen Grundsicherung in Entwicklungsländern auf-, bzw. ausbauen.

Pandemie bekämpfen / zukünftigen Gesundheitskrisen vorbeugen:

- Zugang zu sauberem Wasser und grundlegender Sanitärversorgung für alle Menschen sicherstellen.
- Gesundheitssysteme stärken und mittelfristig in den Auf- bzw. Ausbau universeller Gesundheitssysteme im globalen Süden investieren, um größere Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen herzustellen.
- Eine gerechte und effiziente Impfstoffverteilung gewährleisten. Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um die globale Impfstoffproduktion anzukurbeln.

Krisenprävention stärken

- Vulnerabilität von Gemeinschaften gegenüber den Folgen von Krisen verringern und Resilienz stärken. Risiko-Analysen, Partizipation gefährdeter Bevölkerungsgruppen und präventive Maßnahmen wie Sicherheitsnetze und notwendige Infrastruktur stärken.
- Vorausschauende humanitäre Hilfe stärken und flexible, bzw. schnell einsetzbare, Mittel dafür zur Verfügung stellen. Die Lokalisierung humanitärer Hilfe weiterhin im Sinne der Vereinbarungen des Grand Bargain vorantreiben.

Lehren aus der Krise ziehen – Veränderungen einleiten

- Transformation hin zu inklusiven, nachhaltigen und widerstandsfähigen Ernährungssystemen noch stärker in den Fokus internationaler Entwicklungspolitik rücken. Ernährungsunsichere Gruppen müssen jederzeit Zugang zu einer gesunden Ernährung haben. Die Politik muss hierfür die Rahmenbedingungen setzen und die notwendigen Strukturen dafür schaffen.
- Lokale und regionale Nahrungsmittelmärkte müssen gestärkt werden.
- Die Politik zur Gestaltung von nationalen, regionalen und globalen Lieferketten muss kohärent sein und die Menschenrechte – wie z.B. das Menschenrecht auf Nahrung – unbedingt einhalten.

[6] Welthungerhilfe: "COVID-19 Appell", 2020
[7] World Helath Organization: "Coronavirus (COVID-19) Dashboard"

Bonn/Berlin, 26. März 2021

Kontakt: **Asja Hanano**, Leiterin Politik und Außenbeziehungen
Email: policy@welthungerhilfe.de